



## Arbeitskräfteprognose sieht schwarz

Erschienen am 16.06.2017

Der Arbeitskräfteengpass in der nichtärztlichen Therapie und Heilkunde wird sich bis zum Jahr 2030 verdreifachen. Das zeigt eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi). Damit ist erstmals eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Angebotsstruktur, der Beschäftigung sowie des Fachkräftebedarfs im nichtärztlichen Bereich der Gesundheitswirtschaft erfolgt – mit erschreckender Bilanz.

Deutschland sieht sich in Zeiten des demografischen Wandels mit dem Problem eines steigenden Fachkräfteengpasses konfrontiert. Insbesondere in der Gesundheitswirtschaft kommt dieser Effekt doppelt zum Tragen, weil nicht nur der Nachwuchs fehlt, sondern aufgrund der älter werdenden Gesellschaft auch die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zukünftig weiter ansteigen wird. Aus diesem Grund hat das BMWi eine Studie in Auftrag gegeben, um Prognosen über den Fachkräftebedarf im nichtärztlichen Bereich der Gesundheitswirtschaft treffen und entsprechende politische Rahmenbedingungen entwickeln zu können.

Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Die im Rahmen der Studie durchgeführten Projektionen des Angebots- und Nachfragepotenzials zeigen für die Zukunft einen erheblichen Arbeitskräftemengpass in der Gesundheitswirtschaft. Im Jahr 2030 werden rund 729.000 Personen im nichtärztlichen Bereich fehlen, sodass jede vierte Stelle in den entsprechenden Berufsgruppen voraussichtlich nicht besetzt werden kann. Dadurch wird der Wettbewerb um Fachkräfte weiter zunehmen, der vielen Praxisinhabern schon jetzt zu schaffen macht.

Ab dem Jahr 2021 werden die vermehrten Renteneintritte der sogenannten „Baby-Boomer-Generation“ nicht mehr durch die rückläufigen Ausbildungs- und Studienabsolventen kompensiert werden, prognostiziert die Studie. In der Berufsgruppe der nichtärztlichen Therapie und Heilkunde, zu der auch die Physiotherapie zählt, wird sich das Nachfragepotenzial daher bis zum Jahr 2030 um 11,8 Prozent auf 426.000 Arbeitskräfte ansteigen. Gleichzeitig wird sich das Angebotspotenzial in demselben Zeitraum um 7,8 Prozent auf 321.000 Personen reduzieren. Die Folge ist eine Verdreifachung des Arbeitskräfteengpasses bis zum Jahr 2030.

Daher empfehlen die Forscher, die Vergütungsstrukturen und -möglichkeiten in den Gesundheitsfachberufen zu überarbeiten und die Handlungsautonomie zu fördern. Konkret sollen Modellvorhaben für mehr Autonomie weiter forciert werden. Außerdem bestehe in vielen Gesundheitsfachberufen noch Nachholbedarf bei der Akademisierung. Mit jeder dieser Handlungsempfehlungen an die Politik bestätigt die Studie die berufspolitischen Strategien des IFK auf ganzer Linie. Die spezifischen Forderungen des IFK, die in den nächsten Tagen mit einer Reihe weiterer Forderungen für die Bundestagswahl veröffentlicht werden, lauten: grundsätzliche Abschaffung der Grundlohnsumme, Einführung des Direktzugang und die Überführung der Modellstudiengänge in den Regelbetrieb. Nun ist die Politik am Zug.